

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. - Bezugspreis vierteljährlich durch die Post 2,40 Mark. - An Mitgliederbeiträge wird die Zeitung unter Kreuzband nicht versandt. - Eingetragen in der Reichs-Postliste unter Nr. 7528.

Schriftleitung und Verlagsstelle:
Leipzig
Zöhrer Straße 32, IV., Volkshaus
Telefonamt 7508

Schluss des Blattes: Montags, mittig 12 Uhr. - Anzeigengebühr für die dreigespaltene Kleinzeile 1.- M.
Anzeigen werden nur bei vorheriger Einzahlung der Kosten aufgenommen.

Nr. 10.

Sonnabend, den 6. März 1920.

24. Jahrgang

Erhöhung der Anzeigengebühren.

Infolge der ungeheuren Preissteigerung für Papier und Druckkosten sind wir gezwungen, die Anzeigengebühren für die dreigespaltene Kleinzeile (Nonpareille) auf 2 M. zu erhöhen, und zwar mit Nr. 11 des „Steinarbeiters“.

Lohnbewegungen.

Geplant sind: Die Steinbruchbetriebe des Ruhrbezirks. Schmelzplatz Otto Reichert in Neumark. Fa. Casetti, Schl. Max Benz in Brigg (Schel.). Max E. Dittmer in Pörsdorf. Betrieb der Firmen Heinrich Franz und Schumann, Osterham. Großsteingehäuse Paul Burkhardt in Stuttgart.

Streik:

Im Aalsberg l. Dr. (Steinmehlen, Schiefer und Hilfsarbeiter). Streik (einzelne Betriebe), Eberhagen (Pflastersteinarbeiter).

Zum Streik im Bogen. Wald legt die Forderung vor, daß der Posten-Schlichtungsausschuß durch Schiedsgericht die Kartell- und Vereinbarungen in der Feuerungsanlage auch für die Werk- und Pflastersteinindustrie des Bogen-Waldes zugelassen hat; die Arbeiter haben sich 8 Tage Bedenkzeit vorbehalten. Der Streik dauert infolgedessen noch an.

Zugung ist fernzuzustellen:

nach Breslau, Wismar, Guben, Briesen (jetzt zu Polen gehörig), Kelsheim, Waldenburg (Schlesien) und Umgebung Gottesberg, Dandshut, Ruhland, Lannhausen, hier lehnen die Arbeitgeber jede Verhandlung in der Lohnfrage ab, die Kollegen haben andere Arbeit angenommen; ähnlich liegen die Verhältnisse im Steinbruch Hagen-Ambrod der Firma v. Krüchten in der Zahlstelle Delfern. Der Betrieb ist unbedingt zu meiden bis an dieser Stelle andere Nachricht gegeben wird. Die Inhaber der Steinmehlgeschäfte in Dransburg (Pommern) lehnen jede Verhandlung über eine Erhöhung des 1,80 M. betragenden Stundenlohnes ab. Die Anzeigengebühr wurde dem Schlichtungsausschuß übertragen. In dem Zweiggeschäft G. Haffelbühl zu Wattenbach, Zahlstelle Quenkel, macht die Regelung der Lohnfrage ebenfalls große Schwierigkeiten. In Danzig erklären die Arbeitgeber auf die Tarifbindung, daß es den Arbeitern in freier Wahl, 10 bis 12 Stunden zu arbeiten, um mehr zu verdienen. Es sind wirklich Bemühen, diese Danziger, scheinen schon angeleitet von polnischen Manövern.

Erledigte Bewegungen.

Stettin. Am 23. Februar wurde der Streik beendet. Mit Rückwirkung vom 5. Januar bis 28. Januar gibt es eine Nachzahlung von 80 Pf. pro Stunde über 18 Jahre, 40 Pf. unter 18 Jahre, weibliche 30 Pf. Vom Tage der Arbeitsaufnahme (24. Februar) bis 31. März haben Stundenlohn Steinmehlen 3,50 M., Schiefer, Fräzer, Säger 3,05 M., Hilfsarbeiter 2,80, Schleiferinnen 1,40 bis 1,50 M.

Wien. Der Streik der Marmorarbeiter ist beendet. Erreicht wurde ein Stundenlohn für hauer und Schleifer 4,35 M., ab 15. März 4,60 M.

Schwerin wurde in Anwesenheit des Gouverneurs eine Einigung erzielt. Sperre ist damit aufgehoben.

Altenberg. Der Streik bei der Firma Höfling in Ritzberg ist durch Vergleich vom Arbeitgeber beigelegt. Ebenso haben sich die Differenzen mit der Firma Trösch erledigt.

Dresden. (Sächsischer Verband für Sandsteinindustrie.) Verhandlungen am 27. Februar über neue Feuerungszulagen hatten folgendes Ergebnis: Stundenlohn ab 23. Februar 4,20 M., ab 1. März bis 31. März 4,30 M. Die Zuschläge für Akkordarbeiten erhöhen sich vom 23. Februar bis 31. März auf 850 Prozent. In diesen Zulagen ist die sogenannte Brot- und Kartoffelzulage enthalten. Im Laufe des April sollen die einzelnen Akkordpositionen des Normalkartens einer Durchsicht unterzogen werden, um Punkte, die sich in der Praxis als unzureichend erwiesen haben, zu verbessern.

Leipzig. (Sächsischer Verband für Marmorindustrie.) Verhandlungen am 27. Februar über Feuerungszulagen zeigten folgende Stundenlöhne: Ab 23. Februar für hauer 4,05 M., für Schleifer 3,00 M., ab 1. März bis 31. März 4,15 M. bzw. 4,05 M.; im übrigen gilt die frühere Vereinbarung.

Duisburg. Verhandlungen am 20. Februar brachten uns eine erneute Feuerungszulage von 40 Pf. pro Stunde. Der Stundenlohn beträgt am 27. Februar 4,30 und 4,40 M. bis 31. März.

Aberbach. Durch den Schlichtungsausschuß wurde für unseren Lohnbezirk folgende Entlohnung durch Schiedsgericht verhängt: ab 1. Februar wird der Stundenlohn von 1,54 M. auf 2,70 M. in Klasse I und 2,55 M. in Klasse II erhöht.

Werner-Schleifergelände. Die am 7. Januar 1920 festgelegten Lohnsätze wurden durch Vereinbarung vor dem Schlichtungsausschuß Schweinfurt um 30 Prozent erhöht.

Werner-Sandsteingelände. Am 16. Februar 1920 erfolgt auf die am 7. Januar festgelegten Lohnsätze eine Zulage von 30 Prozent. Diese Erhöhung kommt für alle Arbeiter in Frage.

Rothenburg (o. d. Tauber). Durch Vereinbarung mit den hiesigen Unternehmern wurden die bisherigen Lohnsätze ab 16. Februar 1920 für Steinmehlen auf 3,20 M. pro Stunde erhöht.

Jura-Marmorgebiet. Für die Betriebe in Weissenburg, Treuchtlingen, Pappenheim, Möhren, Reihingen und Sainhofen (am Friedhof) wurden die Lohnsätze neu reguliert. Auf die am 30. Mai 1919 festgelegten Grundlöhne, erfolgt ab 13. Februar 1920, eine 100prozentige und ab 12. bzw. 13. März eine 110prozentige Feuerungszulage.

Paderborn. Der Stundenlohn wurde am 15. Februar auf 3,30 M., ab 15. März auf 3,60 M. erhöht für Steinmehlen.

Ein „Einheitsgrundlohn-Programm“

Vom Ortsausschuß (Gewerkschafts-Kartell) der Breslauer Gewerkschaften wurde dem Vorstand des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes ein „Einheitsgrundlohn-Programm“ übermittelt. Der Bundesvorstand unterbreitet nun den Gewerkschaften das Programm zur Diskussion, ohne daß er sich den Inhalt zu eigen macht. Die Redaktion des „Stein-Bl.“ bemerkt zu dem Programm, daß ein Einheitsgrundlohn für alle Arbeiter, Angestellten und Beamtenkategorien an den Schweregraden der wirtschaftlichen Verhältnisse scheitern wird, jedoch als Beitrag zur Beurteilung der Frage „gleitende Lohnskala“ geeignet erscheint:

Der Ortsausschuß Breslau des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes hat am 23. Januar 1920 folgende grundsätzliche Entschlüsse gefaßt:

„Die heutige wirtschaftliche Not und der heutige soziale Unfrieden verlangen gebieterisch eine sofortige Regelung der Lohnverfassung. Die bisherigen zerstreuten Lohnkämpfe bringen nur vorübergehende Erleichterungen für die einzelnen Berufsgruppen.“

Wir fordern deshalb einheitlichen gleichen Grundlohn aller Arbeitsträger mit gleichen Verhältnissen, Kinder- und Sozialzuschlägen. Kein solidaritätswidriger Einzelkampf mehr aus Feuerungsgründen! Die Berufs- und Funktionszuschläge sollen unabhängig von der Preisbewegung neben dem Grundlohn bestehen und feste Formen annehmen. Wir erwarten von einem einheitlichen Lohnsystem, von der Bekämpfung der bisherigen Lohnanarchie eine Beruhigung und Gesundung des Produktions- und des Soziallebens. Wir sehen im Einheitsgrundlohn nicht nur einen gewerkschaftlichen Fortschritt, eine wirtschaftsorganisatorische Verbesserung, nicht nur den Kern jeder Demokratisierung und Sozialisierung, sondern eine allgemein menschliche Selbstverständlichkeit.

Als Weg wird vorgeschlagen:

- Gesetzliche Bestimmung, daß jeder Arbeitslohn festgesetzt werden muß zu folgenden Vorteilen:
Grundlohn mit Verhältnissen, Kinder- und Sozialzuschlägen, Berufs- oder Funktionszuschläge in Prozenten des Grundlohns.
- Gesetzliche Festlegung eines vorläufigen Grundlohnes als Demokratisierungsmittel.
- Bekämpfung der Feuerung mehr zugunsten individueller Preisfestsetzungen auf den einzelnen Warenmärkten als durch Erhöhung des Grundlohnes.
- Selbsthilfe durch Organisierung der Konsumenten in Genossenschaften.

Die Entschlüsse gehen zurück auf längere Verhandlungen innerhalb der Organe des Ortsausschusses und der angeschlossenen Verbände, die unter dem größten Interesse der breiten Masse der Breslauer Arbeiterklasse einen Ausweg aus den heutigen Schwierigkeiten suchten, und zwar einen Ausweg, der den großen Grundgedanken der Arbeiterbewegung entspricht. Wie alles Neue, Praktische, so geht auch diese Entschlüsse von Theoretischen aus, jedoch liegen hier Theorien vor, die dem ursprünglichen Empfinden des Arbeiters nahe stehen.

Die Anregung zu der Aussprache wurde gegeben vom Breslauer Arbeitsnachweisleiter Dr. Wagner-Roemich, der in einem einleitenden Referat die grundlegenden Ausgangslinien in einfacher Weise zeichnete. Wir geben die Hauptgesichtspunkte des Referates hier wieder:

„Wir kennen die Urkatastrophe unseres ungeheuren wirtschaftlichen Unglücks. Die reifen Waren- und Rohstofflager der Friedenszeit sind verbrannt, Hausat und Werkzeug, Maschinen und Eisenbahnen abgenutzt, die Seeschiffe verloren, Häuser wurden nicht mehr gebaut, die Wälder ohne Dünger, die Ställe ohne Vieh, die Bergwerke unter Raubbau, jahrelange unproduktive Kriegsarbeit, Kriegstod, Verblümmelung, Krankheit und Unterernährung in der Arbeiterklasse, Kriegsentwöhnung an die einstigen Gegner, Güterabfluß nach dem Ausland, Belgien und Nordfrankreich, diese produktivsten Weltgegenden, vernichtet, die russische Volkswirtschaft vernichtet, Produktionsminderung auch in den andern Ländern, nicht nur in Mitteleuropa. Die Weltkrisen der Welt sind halb leergeräumt. Produktionsdefizit!“

Wir verlangen aber alle nach Glück. Wir lehnen es ab, wie die Hunde zu leben. Wir wollen uns satt essen, wollen Kultur genießen, wollen unsere Pflichten gegen die verwitweten Nachbarn nachkommen. Wir steigern vielleicht unsere Produktivität durch Technik, Vervollkommenung und Betriebskonzentrierung und Gewerke-Kartellierung, durch sparsame und geübtere Maschinenführung, notwendiger Bedarfswaren, wir durchdringen vielleicht die Betriebe mit erzogenem und erziehbarem, interessiertem Arbeiterwillen durch die Betriebsräte, wir sozialisieren vielleicht mit staatlichen und kommunalen und genossenschaftlichen Händen immer mehr Betriebe, unterwerfen sie dem aus Gemeinwohl bedachten Gemeinwillen. Aber diese Wege sind weit und langsam.

Die Erkenntnis dieser Not und die Verfolgung dieses Programmes genügt nicht. Groß wurde die Arbeiterbewegung durch Zukunftsdenken. Bunt sie heute keinen Zukunftsstaat, ordnet sie jetzt nicht die Welt, so wird bald eine reaktionäre bürgerliche Ordnungspartei die Liquidation alles Menschlichen in Sand und Sumpf weiter schleppen. Geplant sieht das Bürgerium auf die Proletarierwelt, entläßt sich das Arbeiterium auf sich selbst, das Barten ist zu lang. Wie während des Krieges bis zum Zusammenbruch betrogen wurden, so dürfen wir uns heute nicht selbst darüber hinwegsetzen, daß wir dem drohenden Zusammenbruch nur durch außerordentliche Organisations- und Energieleistungen entgehen werden.

Was tun wir? Unser der großen Produktionsbede trümmen wir was, und mit zerran an ihr, jeder will durch höheren Lohn ein größeres Stück der Warendecke für sich erwirken, und wenn eine Berufsgruppe sich etwas wärmer eindeckt, so friert die andere unter dem andern Ende der Decke um so mehr. Wenn wir an der Warendecke noch so fleißig weben, wenn wir die Scheren der Kapitalisten noch so energisch von ihr wegzuschneiden, die Decke bleibt vorläufig zu knapp. Deshalb der Kampf um höheren Lohn. Produktionserschwerend ist dieser Kampf der Arbeiter gegen Unternehmer und Verbraucher. Das Lohnwesen ist ein Stück Produktionsverfassung. Bleibt es Kampfbett und Kampfergebnis, so wird die Produktionsverfassung niemals gemeinnützig geordnet, so bleibt sie unsozialistisch. Dieser Kampf ist auch ein Kampf in keiner Unfruchtbarkeit. Was heute errungen, wird morgen vertieren, weil auch andere Berufsgruppen sich höhere Löhne erlangen und die Preise steigen. Der hohe Lohn nützt nichts, nur die neue Erhellung nützt etwas, aber nur vorübergehend. Wir müssen Löhne und Gehälter erringen, so hoch wir wollen, die Spanne zwischen Lohn und Preisen ist heute größer als früher und bleibt größer, als wir tragen zu können vermindern, die Produktionsmenge, die auf den einzelnen fällt, ist heute kleiner als je, bleibt kleiner als wir fordern. Dieser Lohnkampf ist unproletarisch: Lohnkampf jeder einzelnen Berufsgruppe ohne Verbindung und Verbindung mit den andern. Sind wir in erster Linie Bäcker und Beamte und Barbieren und sonstige Berufsmenschen oder sind wir in erster Linie Arbeiter von allerley Berufsgruppen und gleichem geistigen Sehen? Der Lohn ist die Grundlage unseres Daseins. Streben wir nicht nach demselben gleichen Grundlohn, so wird das Wort Genosse zuhause!

Ziehen wir die Folgerung aus diesen praktischen und idealen Selbstverständlichkeiten. Fort mit diesen unsozialistischen Lohngeheiß! Fort mit dieser unproletarischen Lohnanarchie! Endlich auch hier große Bekanntheit des Proletariats: einheitlicher Grundlohn für uns alle! Hinein mit diesem Grundlohn in Parteiprogramm und Gewerkschaftsforderungen, in Tarifordnungen und Gebaltsordnungen und ins Arbeitsgesetzbuch!

Steigen die Preise, ist eine Feuerung, so dürfen nicht die Bureauangestellten für sich kämpfen und die Metallarbeiter für sich, alle sind getroffen, alle müssen gemeinsam für alle kämpfen. Wir wollen dann für alle gemeinsam einen höheren Grundlohn. Kein Streit mehr, es sei denn ein Generalstreik! Wenn aber in der modernen Gesellschaft alle Arbeitnehmer gemeinsam herrschen, so brauchen sie sich nicht selbst zu helfen. Hat aber eine allgemeine Grundlohnsteigerung dann überhaupt noch Sinn? Vielleicht um eine große Preissteigerung auszugleichen! Um die Zinsen und Dividenden und sonstigen Kapitalgewinne zu besitzigen! Denn sonst würden nur alle Preise höher werden. Aber auch die Kapitalgewinne sind bei den verschiedenen Gewerbegruppen verschieden groß, und werden besser abgebaut durch einen Kampf um mehrere Preise. So werden die Löhne sich festigen, und der Kampf zwischen Arbeit und Kapital verläßt den Arbeitsmarkt und entscheidet sich auf dem Warenmarkt.

Man mag abstrahieren durch Zuschläge an die Ehefrau, wenn man die Mutter- und Hausfrauenarbeit besser entschuldigen will, man mag Kinderzulagen gewähren, wenn man Erziehung und Bekleidung der Kinder nicht auf öffentliche Kosten übernehmen will wie Schulerziehung. Diese Zulagen sind kein eigentlicher Arbeitslohn. Man mag durch Erfordern zu höheren Leistungen anregen und man mag Besserheit und Erfahrung und Mühen besonders vergüten, man mag individualisieren nach dem Besonderen so viel man will! All dies berührt den Lohnkampf nicht, den Kampf um die Mittel für eine menschenwürdige Lebenshaltung. Der Grundlohn hierfür muß gleich sein für alle, für Minister und Pförtner, für Sandstappler und Wissenschaftler. Sonst sind wir keine Genossen, sonst sind wir nicht einmal Demokraten, sonst fühlen wir uns nicht einmal als Glieder einer gemeinsamen Menschheit.

Auf dem Warenmarkt haben wir Preisprüfungsstellen, die hinsichtlich Beobachtungs-, Beglaubigungs-, Prüfungsstätigkeit noch ausgebaut werden müßten. Ebenso sollten wir auf dem Arbeitsmarkt beobachtende, beglaubigende, prüfende Lohnämter haben. Sie würden schon gefordert als Voraussetzung für die Durchführung einer gleichenden Lohnskala, eines automatischen, mit den Preisen sich bewegenden Lohnes. Mit den Preisen der wichtigsten Lebensmittel darf aber automatisch nicht der ganze Lohn steigen, sondern nur ein allen gemeinsamer, einheitlicher, den notwendigen Ausgaben entsprechender Grundlohn. Dieser Grundlohn ist Voraussetzung der gleichenden Lohnskala; er macht aber auch die gleitende Lohnskala überflüssig und unmöglich, da kein Steigen alle Preise steigert, er also sich selbst nebst den Preisen unendlich in die Höhe trieb.

Jeder sehe in seinem Lohnvertrag fest: Grundlohn ist ... M., Ehezuschlag ... M., Kinderzuschlag ... M., Berufszuschlag als angelernter, gelernter, geschulter, lerner Arbeiter ... M. und als Funktionär für ... M. Das Schema in jeden Tarifvertrag hinein! Ein solches Schema schreibe das Reichsarbeitsgesetzbuch vor! Die Aufhebung des Lohnes in Grundlohn und Zuschläge bringt ohne weiteres eine Entwicklung zum einheitlichen gleichen Grundlohn und zu gleichen Ehe- und Kinderzuschlägen mit sich. Die heutigen Feuerungs-Einzelkämpfe sind dann vorbei. Es bleibt nur der Kampf um höhere Berufszuschläge. Aber auch dieser Kampf wird überleben, denn eine allgemeine Zuschlägerhöhung wäre daselbe wie Grundlohnsteigerung, und Sondererhöhungen für einzelne Berufsgruppen sind nicht mehr aus einer Feuerung heraus zu begründen, sondern nur bei Mißverhältnis zwischen den Berufszuschlägen miteinander veränderbar. Je weniger Abstraktionen aber hier zwischen den Berufszuschlägen sind, um so weniger wird auch hier Kampf sein. Das wichtigste Stück unseres Soziallebens, zugleich das unruhigste Stück unserer Produktionsverfassung, das Lohnwesen wird geordnet und wird befriedigt. Dann erst sind wir Genossen, dann erst sind wir wirklich Menschen, deren finanzielle Daseinsgrundlagen zueinander systematisch abgestimmt sind. Lohnfriede, Arbeitsfriede! Sozialismus! Proletarier vereinigt euch auf dem Boden einheitlichen gleichen Grundlohnes für alle!

Die neue Gesellschaftsordnung wird weniger kommen durch Einzelsozialisierung des einen oder andern Gewerbes, sondern mehr durch Einschließen sozialistischer Gedanken in alle öffentlichen und privaten Betriebe (Betriebsräte, Lohnordnung und dergleichen).

Durch ein Programm der großen Selbstverständlichkeiten wird auch hier die Arbeiterklasse zum Reiter werden.

Um Anregungen zur Diskussion über das Referat in den einzelnen Verbänden der Breslauer Arbeiterklasse zu geben, wurde in diesen der Entwurf eines Lohnprogramms verteilt. Dieses Programm ist recht umfangreich und zerlegt in einzelnen, was Eingangs des Artikels als „Weg“ vorgeschlagen wird. Im Korrespondenzblatt Nr. 8 ist es abgedruckt. Ersteres bemerkt dazu: „Es ist selbstverständlich, daß mit solchen Vorläufen nicht das letzte Wort gesprochen wird. Der Breslauer Lohnprogrammgedanke will offenbar weit weniger bestimmte Einzelheiten festlegen, sondern will vielmehr zeigen, welche Art Gebiete im einzelnen festgelegt werden sollen. Anregung zum Nachdenken. Revolutionierung der Köpfe als Voraussetzung einer Revolutionierung der alten Lohnordnung, die eine Lohnordnung ist! Aus dieser Revolutionierung kann dann vielleicht ein neuer systematischer Aufbau hervorgehen.“

Wir haben zu dem Lohnprogramm vorläufig kurz zu sagen, daß in ihm viel enthalten ist, was ein großer Teil unserer Kollegen bei den Kämpfen, Verhandeln und Freistehen um erhöhte Feuerungszulagen bereits instinktiv empfunden hat, ohne daß diesen Empfindungen in fast unrisikoreicher Form Ausdruck gegeben wurde. Viel man all die Einzelheiten zu diesen Fragen im „Steinarbeiter“, besonders in den letzten Wochen, dann finden wir die Bestätigung von dem. So wie jetzt der Zustand auf dem Lohngebiet zu den Lebenshaltungskosten ist, einerseits ob es sich um Lohn- oder Gehaltsempfänger handelt, geht es dauernd nicht; ja! geht es überhaupt nicht mehr lange! Die Arbeiter, Angestellten und Unternehmer in lebenswichtigen Betrieben oder Industrien können sich noch helfen, weil die Allgemeinheit ihrer notwendigen bedarf und wenn sie es ausruhen, kann man es ihnen schließlich nicht verweigern. Doch die andern Berufs- und Berufsgruppen, die die Lebenswichtigkeit erkennen mit der Steigerung der menschlichen Ansprüche wieder eintritt, kommt unter die Näher, deren Berufsangehörige drohen zu verenden. Hier muß verhandelt werden, von „Oben“ eine Regelung zu finden. Wir sagen das „Oben“ nicht etwa in der Auffassung des alten Autoritätsfaktors, sondern deshalb, weil durchgreifende Änderungen und Regelmäßigkeiten von einer Berufsgruppe herbeigeführt werden können. Und wenn das „Oben“ schließlich die so verordnete Zentral-Arbeitsgemeinschaft ist, kostet es gewiß nichts; wir würden es sonar begrüßen, denn damit könnte sie den Beweis ihrer Existenzberechtigung erbringen. Denn bei aller alter Gegenwärtigkeit zwischen Lohnarbeiter und Unternehmer, die auf den Kampf um den größeren Anteil von der Produktion einwirkt, könnten nur diese beiden Extreme auf dem Gebiet der Lohnpolitik eine Lösung finden, die andern maßgebenden Reichstellen

Den Weg zeigt. Gewiß wird es nicht an Stimmen fehlen, die bei einer solchen Lösung von „Harmoniebedürfnis“ sprechen, doch es werden wohl in den meisten Fällen solche sein, die dem jetzigen Chaos auf dem Lohngebiet und dem fortwährenden Leertum der Lohnempfänger praktisch fernhalten und die nur eine Formel lehren: „Sozialisierung“! Wir haben bei einer andern Angelegenheit schon einmal ausgeführt, daß damit alles und nichts bewiesen wird. Dem nun sozialistischen gehört mehr als nur das Wort „Sozialisierung“. Im übrigen hat Dr. Wagner-Roemich in seinem Breslauer Referat diesen Kampf so vorzüglich und treffend skizziert, daß man im Geist das Bild mit der Würde, an der hin- und hergerollt wird, nicht wieder los wird.

Die heutigen Verhältnisse erheischen gebieterisch eine Regelung und je eher sich die dazu berufenen Stellen aufschwingen können, desto besser für die Lohnarbeiterschaft, desto besser für das Volksganze. An Anträgen dazu hat es gewiß in letzter Zeit nicht gefehlt und wenn der Weisauer Vorschlag jetzt den letzten Anstoß dazu gibt, dann ist wohl der Hauptzweck vorerst erfüllt, ohne daß man sich auf Einzelheiten des betreffenden Vorschlages festsetzt.

Richtlinien für die Wahlen zu den Betriebsräten.

Die am 24. Februar abgehaltene Sitzung des Ausschusses vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund hat über die Wahlen zu den Betriebsräten gegen 3 Stimmen folgende Richtlinien aufgestellt:

1. Das Gesetz über Betriebsräte gibt den Arbeitern und Angehörigen die Möglichkeit, in den Betrieben ein weitgehendes Mitbestimmungsrecht hinsichtlich der Durchführung gewerkschaftlich geregelter Arbeitsverhältnisse und wirtschaftlicher Förderung des Betriebes auszuüben. Die Gewerkschaften sind daher in hohem Maße daran interessiert, daß bei den ersten Wahlen zu den Betriebsvertretungen (Betriebsräten, Betriebsausschüssen, Arbeiter- und Angestelltenräten und Gesamtbetriebsräten) möglichst zahlreiche gewerkschaftliche Vertreter gewählt werden. Es ist deshalb Pflicht aller Gewerkschaften des A. D. G. B., ihre ganze Kraft auf die erfolgreiche Durchführung dieser Wahlen zu konzentrieren.

2. Die Neigung, diese Wahlen zu einer Machtsprobe politischer Parteikämpfe zu machen, ist für die Wirksamkeit der Betriebsräte, die eine rein wirtschaftliche Aufgabe haben, zu befürchten. Die Gewerkschaften, alle politischen Einflüsse von diesen Wahlen möglichst fernzuhalten. Notwendige Beratungen sind nur von gewerkschaftlicher Seite einzuberufen. Bei Besprechungen sind lokale Arbeiterblätter der verschiedensten Richtungen gleichmäßig zu benutzen.

3. Die allgemeinen Vorbereitungen für die Wahlen werden zweckmäßig durch den Ortsausschuß des A. D. G. B. (Gewerkschaftsamt) getroffen. Derselbe veranlaßt sich mit den in Betracht kommenden Einzelgewerkschaften über die in seinem Bezirk notwendigen Maßnahmen, leitet die Agitation, gibt die Druckarbeiten heraus und sorgt für die Zusammenstellung der Wahlergebnisse.

4. In Orten, wo kein Ortsausschuß vorhanden ist, bilden die nächst dem Ortsausschuß stehenden Gewerkschaften für diese Wahlen einen gemeinsamen Wahlausschuß.

5. Bei besonderen gelagerten Verhältnissen (Bandenwesen, Fortschrittlichkeit, Bergbau) kann die Wahlvorbereitung den für diese Bereiche zuständigen Gewerkschaften nach vorheriger Verständigung über das erforderliche Zusammenwirken mit dem Ortsausschuß übertragen werden.

6. Bei den Wahlen zu diesen Betriebsvertretungen ist ein selbständiges Vorgehen der Gewerkschaften des A. D. G. B. notwendig. Wahlabschlüsse mit anderen Gewerkschaftsgruppen sind zu vermeiden. Tagungen mit einer Vertretung mit den Ortsleitern der Arbeitgemeinschaft freier Angestellterverbände (F.A.), der auch unsere Angehörigenverbände angehören, zweckmäßig, um Wahlunannehmlichkeiten auszuschließen.

7. Für die Gewerkschaften des A. D. G. B. ist der größtmögliche Wählerfolg zu erstreben, wenn die Stimmenzahl nicht durch verschiedene Vorbedingungen aus ihren Reihen gesplittert wird. Eine Verständigung mit den vorhandenen Strömungen innerhalb unserer Gewerkschaften im Bezirk des Ortsausschusses über gemeinsame Wahlkampfmaßnahmen ist deshalb in jedem Fall anzustreben. Eine solche Verständigung ist aber nur möglich auf dem Boden der Nürnberg Kongressbeschlüsse.

8. Die Aufstellung der Wahlkandidaten erfolgt durch die für die fraglichen Betriebe zuständigen Gewerkschaften. Sind in einem Betriebe mehrere Gewerkschaften vertreten, so haben sie sich über die Kandidatenaufstellung zu verständigen.

9. Die anzustellenden Kandidaten müssen einer Gewerkschaft des A. D. G. B. angehören, oder wenn sie Angestellte sind, eine der von ihm anerkannten Organisationen. Bei der Auswahl darf nicht die politische Richtung der Gewerkschaften maßgebend sein, sondern es müssen gewerkschaftliche und berufliche Tätigkeiten, geistige Sittlichkeit und moralische Reife entscheiden.

10. Für einen Betrieb eine gewerkschaftliche Wahlkandidatenliste bilden. Diese Liste entspricht am besten dem Zweck einer Wahlkandidatenliste, wenn sie die Namen der Gewerkschaften des A. D. G. B. angeordnet sind, die als Kandidat auf eine gewisse Stelle anzufragen sind. Vorzubereiten für diese Bewältigung ist jedoch, daß die Aufstellung der Kandidaten erfolge ohne Rücksicht auf die politische Anordnung und ohne daß sie in einer Erklärung darüber begründet werden, wie sie sich zur Kandidatur oder zu einer sonstigen politischen Losung stellen.

11. Besondere Organisationen der Betriebsvertreter und besondere Leitungsorganen für Arbeiter der Betriebsvertretungen sind nicht zulässig. Lediglich im Falle der Gewerkschaften, die Betriebsvertreter ihrer Organisation, und Aufgabe des Ortsausschusses, die Betriebsvertreter im allgemeinen, in Sitzungen und Beratungen über ihre Rechte und Pflichten aufzuklären und mit den nötigen Informationen und Anweisungen zu versehen.

Zum Verbandstag.

(Zur Beitragsfrage.)

Der Vorschlag der Redaktion zur Erhöhung der Beiträge in Nr. 6 zeigt sich für sehr berechtigt, denn die heutige Beitragsfrage und auch die Angelegenheiten sind nicht mehr zeitgemäß bei den jetzigen wirtschaftlichen Verhältnissen. Für den Verband selbst ist es auch sehr nützlich, wenn wir uns der Leistungssteigerung der übrigen Gewerkschaften anschließen. Wir haben an anderen Orten noch Mitarbeiter und auch an anderen Verbänden angehört und wenn man von Hebertschitz weiß, daß die Arbeiter rechtlich sind, so bekommt man in meiner Organisation auch andere Unterstützung wie beim Arbeiterverband. So wird es an anderen Orten auch sein. Ich persönlich vertritt den Standpunkt der Arbeiterorganisationen und kein Unternehmenseigenen; aber leider hat sich über diese Angelegenheit. Deshalb ist die Kongress in Nr. 6 gut und in der vorgeschlagenen Form mit den drei anderen Grundfragen wohl anzunehmen. Hoffentlich werden die Delegierten auf dem Verbandstage zur Frage und der weiteren Fortentwicklung unseres Verbandes den Vorschlag der Zustimmung geben. Sargantalla R. Eichowia!

Wahlkreis-Einteilung.

Wahlkreis	IV. Gau	Delegierte
1	Hamburg, Kiel, Lübeck, Stade	1
2	Frankfurt, Straßburg, Hannover, Herford (Bielefeld), Bielefeld, Künig, Oldenburg, Osnabrück, Osterhof, Kassel	1
3	Köln, Düsseldorf, Braunschweig, Straßburg, Halberstadt, Magdeburg, Kassel, Leipzig, Weimar, Halle	1
4	Frankfurt, Albstadt, Göttingen, Göttingen, Kassel, Kassel	2
5	Frankfurt, Kassel, Kassel, Kassel, Kassel, Kassel	1
6	Frankfurt, Kassel, Kassel, Kassel, Kassel, Kassel	1
7	Frankfurt, Kassel, Kassel, Kassel, Kassel, Kassel	1

Ein Beitrag zur Affordarbeit.

Bei Berechnung von Affordarbeit in der Steinindustrie, wobei die Leistungszufuhr in Frage steht, bildet sich immer mehr ein Widerspruch heraus, der die Abneigung gegen die Affordarbeit begründet erscheinen läßt und diese Abneigung immer mehr fördert. Der Widerspruch beruht darin, daß die Stundenlöhne prozentual mehr steigen als die Affordentlohnung. Im Durchschnitt ist in den letzten Wochen festzustellen, daß die Stundenlöhne um 400 bis 500 Prozent erhöht wurden gegen die Löhne der Vorkriegszeit, während die Leistungszufuhr auf die Affordarbeitspreise der Vorkriegszeit in einem einzigen Fall 350 Prozent betragen; sonst bleiben diese Zuschläge durchweg unter 300 Prozent. Im allgemeinen gilt der Grundgedanke, daß die Affordarbeiter über den üblichen örtlichen Stundenlohn verdienen sollen. Dieses „Mehr“ soll nicht nur den Anreiz bilden, sondern soll eine tatsächliche Belohnung darstellen für bessere Ausnutzung aller bei der Arbeit gegebenen Umstände, der eigenen Körperkraft und Geschäftlichkeit. Das ist die allgemeine Auffassung, die in der Praxis für die Affordarbeit immer betont wird. Auch der Arbeitgeber profitiert davon, denn ein Affordarbeiter braucht keine offene oder heimliche Beobachtung und Kontrolle, ob er wirklich tätig ist. Nun stellt sich in der letzten teuren Zeit heraus, daß trotz aller Anstrengung nicht die üblichen Stundenlöhne erreicht werden können, da ist es nun durchaus verständlich, wenn die Abneigung gegen die Affordarbeit immer mehr wächst. Also sinnige Arbeitgeber kommen sogar mit dem Einwand, daß die Stundenlöhne jetzt zu hoch fixiert seien; diese Verlogenheitsrede ist jedoch in keinem Fall stichhaltig. Die Stundenlöhne in unserer Steinindustrie ragen in keinem einzigen Fall über die Stundenlöhne anderer Berufe hinaus; sie laufen nur so mit, sind teilweise noch bedeutend niedriger, und es stellt sich, daß ungelernete Arbeiter anderer Berufe zum Teil höhere Löhne haben als die gelernten Arbeiter in der Steinindustrie. Ist das letztere schon ein großes Uebel, auf dessen Beseitigung wir ernstlich bedacht sein müssen, so ist das Mißverhältnis zwischen dem Leistungszuschlag bei Affordarbeiten und dem tatsächlichen Stundenlohn ein noch größeres; ist dabei sehr ungerecht und wirkt doppelt ausbreuterisch.

Dabei wünschen die Arbeitgeber durchaus die Affordarbeit, wo sie noch besteht, beizubehalten, sie graben aber durch die Verkennung und Ablehnung der wirklichen Mißstände bei der Zulagen-Berechnung diesem Arbeitssystem selbst das Grab. Sicherlich wird es nun Kollegen geben, die da sagen: „Das ist so ganz gut und erstrecht, denn damit verschwindet die Affordarbeit“! Ihrem vermeintlichen Prinzip glauben sie dann dadurch Rechnung getragen. Gewiß, eine einfache Sache; aber ehe es sich auf diesem Wege vollzieht, kommt noch mancher Tropfen von oben; und während dieser Zeit sind ein großer Teil unserer Verbandsmitglieder die Leidtragenden, indem sie durch vermehrte Anstrengung den Körper schädigen und trotzdem mit dem erhöhten Lohn die Arbeitskraft nicht auf der Höhe halten können. Also trotz ihrer vermehrten Anstrengung mit ihren Familien mehr hungern und entbehren müssen als andere Kollegen, die nur im Stundenlohn arbeiten. Diesen Zustand können wir nicht gutheißen und müssen bei jeder Gelegenheit verlangen, die prozentuale Zulage auf Afford mindestens in derselben Höhe zu erzielen wie prozentual die Stundenlöhne zur Vorkriegszeit gestiegen sind. Bei Widerständen der Arbeitgeber bliebe dann nur noch das Lohnsystem übrig, und sie hätten dann kein Recht, etwa die Entlohnung heranzuführen. Bei der Affordarbeit überhaupt kommen wohl die Mehrzahl unserer Verbandsmitglieder in Frage, denn die Mitglieder in den Bruchgebieten überwiegen heute an Zahl jene der Städte, früher war es umgekehrt. In den Städten wird fast nur im Stundenlohn gearbeitet, während in der Bruchgebiete und Kleinstädten die Affordarbeit noch vorherrscht. Sie ist zum Teil dort so verankert, daß man mit prinzipiellem Für und Wider dort nichts ausrichtet, und täuschen wir uns nicht, die Affordarbeit hat in der Steinindustrie und gerade in den angezogenen Gebieten ihre Anhänger, die mit Gründen argumentieren, die man nicht mit einer Handbewegung abtun kann. Darum ist zu folgern, was für die Arbeitsverhältnisse einer Stadt praktisch und richtig sein mag, darf nicht schablonenmäßig in die Bruchgebiete übertragen werden. Doch darin sind sich unsere Kollegen in diesen Gebieten einig, wenn der kritisierte Mißstand in der Leistungszulagen-Berechnung anhält, dann brechen auch sie mit den alten Überlieferungen und verstehen sich dann nur auf das Stundenlohnsystem! Nicht aus Theorie, sondern Schläge auf den Magen sind immer recht empfindlich und haben schon ganz andere Änderungen gebracht als nur ein Entlohnungssystem beseitigt.

In der Vorkriegszeit wurde bekanntlich dem Stundenlohn bei den Tarifabschlüssen und -Erneuerungen zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet. Afford war vorherrschend und folgedessen wurde dem Ausbau der Affordpositionen mehr Lastrast zugewendet. Durch die heutige Verschiebung im Entlohnungssystem scheint es nun umgekehrt zu werden. Darum beizeln den nötigen Verband auf die schablonenmäßige Stellen legt! Die Rückständigkeit des Stundenlohnes von früher hat auch nach dem Umsturz ganz besondere Blüten gezeitigt. Während der Kriegsjahre sind unsere Löhne wenig aufgebessert, das hatte seine besonderen und bekannten Ursachen. Als dann die ungelernete heute noch anhaltende Leistung einsetzte und die Löhne erhöht werden mußten, wurde von einigen Arbeitgebern nur mit den Prozenten in der Erhöhung operiert, es ließ dann immer: „um 400 bis 500 Prozent sind die Löhne gestiegen“ an und für sich durchaus nicht falsch; aber verschwiegen wurde mit Absicht die tatsächliche Höhe des um 500 Prozent gestiegenen Lohnes. Das hatte seinen bestimmten Grund, denn trotz der sich groß anhebenden prozentualen Steigerung konnten Löhne zum Vorjahr von 150 M. bis 220 M. Sie waren ein trefflicher Beweis der erbärmlichen Stundenlöhne der Vorkriegszeit. Erst die über 250 M. zählenden Löhne wurden in tatsächlicher Höhe genannt. Die prozentuale Steigerung in ihrem humoristischen Ausdruck bildet ein gewichtiges Fundament in der Preisbildung für die fertigen Produkte in der Steinindustrie, doch das nur nebenbei!

Wir dürfen den früheren Fehler mit den Stundenlöhnen nun nicht noch einmal wiederholen lassen bei der Affordarbeit; ins Hintertreffen sind wir sowieso schon geraten. Und wenn wir eingangs dieses Artikels darauf hingewiesen haben, daß die Leistungszufuhr nur in einem einzigen Fall zur Affordarbeit 350 Prozent betrage, so ist hier der richtige Landesrat für die Sandsteinindustrie gemeint. Aber auch hier besteht das Mißverhältnis zwischen Stundenlohn und Afford. Es ist, obgleich nicht so hoch wie in anderen Tarifen, immer noch bedeutend. Denn der Stundenlohn ist nach der neueren Vereinbarung um 500 Prozent gestiegen, während beim Afford-Leistungszuschlag noch 150 Prozent — fehlen. In einigen anderen Tarifen ist das Mißverhältnis viel größer, es bleibt teilweise sogar unter der Hälfte der prozentualen Steigerung des Stundenlohnes. Das ist Abscheulich und stellen zu viel und wenn aus dieser Erscheinung heraus die Mißstimmung gegen die Affordarbeit immer mehr Befragung findet, ist es begreiflich und hat auch die Veranlassung zur Seite. Ob nun die Arbeitgeber, soweit sie kritische Anhänger der Affordarbeit sind, hieraus die Augenwänderung ziehen? Ist kaum zu erwarten. Darum müssen wir es versuchen, dazu sind nur die zwei Wege gangbar, die wir in vorstehenden Ausführungen deutlich gezeigt haben.

Betriebsräte.

„Sch auf der Hall“! Unter dieser Überschrift stellt die „Deutsche Arbeiterzeitung“ Betrachtungen über die Wirkung des Betriebsrätegesetzes an. Der Kommentar des Genossen Umbreit in seiner Geistes-Brüchigkeit hat es ihnen angetan. Am Schlusse der Abhandlung heißt es:

„Was das Betriebsrätegesetz an sich anbetrifft, so werden wir unter dem Zwang der Verhältnisse wohl oder übel versuchen müssen, uns mit seinen Bestimmungen, und zunächst natürlich auch mit den wirtschaftlichen Folgen seiner Durchführung abzufinden. Andererseits aber wird der Hinweis auf das Betreiben, den Rangel an formaler Bindung gerade der wichtigsten Bestimmungen des Gesetzes zu andauernd weiterer Beschränkung des noch verbleibenden Restes der Verfügungsbereich des Unternehmens auszuweisen, dessen Verpflichtung zu tatsächlicher Beteiligung einer Revision zur Genüge erhärtet. Dem Gesetz kein Recht, was darüber hinaus!“

Die Schelung der Betriebsräteglieder wird in immer weiteren Kreisen als eine bedauerliche sozialpolitische Angelegenheit der Zukunft erachtet. In Frankfurt a. M. findet zur Zeit ein vierwöchiger

Kursus statt für Industriearbeiter, den das Gewerkschaftsamt in Verbindung mit andern Bildungs-Instituten veranstaltet. Das Programm lautet:

1. Die deutsche Wirtschaft unter den Friedensbedingungen von Versailles (10 Vorträge).
2. Zeitliche Fabrikanlagen (15 Vorträge).
3. Mittel zur Erhöhung der industriellen Wettbewerbsfähigkeit (15 Vorträge).
4. Formen der Unternehmung (5 Vorträge).
5. Industriehaushaltung (10 Vorträge).
6. Industriekalkulation (10 Vorträge).
7. Chancen von Industrieunternehmungen.
8. Unternehmung und öffentlicher Haushalt.
9. Finanzierung privater und öffentlicher Unternehmungen (5 Vorträge).
10. Geld-, Bank- und Börsenwesen (10 Vorträge).

Das bayrische Ministerium für soziale Fürsorge veröffentlichte unterm 26. Februar Vollzugsvorschriften zum Betriebsrätegesetz. Danach müssen die ersten Wahlen bis zum 22. März eingeleitet werden. Besonders wird darauf hingewiesen, daß mit dem Inkrafttreten des Betriebsrätegesetzes alle bayrischen Verordnungen über Betriebsräte und Betriebsobmänner aufgehoben sind.

Aus den Zahlstellen.

Hornberg (Bad). Am 18. Januar hielt die Zahlstelle im Gasthaus zum Lammhauer ihre Generalversammlung ab. Auf der Tagesordnung stand: Kassenericht, Kartellbericht, Wahl des Gesamtvorstandes. Kassierer Hermann verlas die Quartalsabrechnung. Dem Kassierer wurde Entlohnung erteilt. Hierauf erstattete Kollege Kuffner Bericht von den letzten Kartellkämpfen. Dann wurde zur Wahl der Ortsverwaltung geschritten, wobei die alte Verwaltung wiedergewählt wurde. Der Vorsitzende gab die Gründe bekannt, warum es zu keiner Einigung mit den Unternehmern kam. Die nächsten Tage werden gehen müssen, wie weit die Unternehmer uns jetzt entgegenkommen, da die Leistung noch mehr gestiegen ist. Auch wurde ein Schreiben an den Schlichtungsausschuß in Offenberg geschickt, um Aufklärung zu erhalten, warum er den Termin am 17. Januar tagsvorher wieder aufgehoben hat. Wir müssen lange genug schon warten. Es wurden dann auch noch verschiedene örtliche Mißstände kritisiert. Kollege Engländer schloß mit der Mahnung an die Kollegen, treu zum Verbandsverband zu stehen.

Kirchhain. Am 17. Januar fand im Gasthaus R. Jöt unsere Jahresversammlung statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde der verstorbenen Kollege Matthias Waz wie üblich geehrt. Kassierer Kerschler erstattete Bericht vom 4. Quartal, der von der Versammlung anerkannt wurde. Kerschler erklärte dann eingehend das Statut über Pflichten und Rechte im Verband, hauptsächlich machte er die Kollegen auf die Erwerbslosenunterstützung aufmerksam. Der Vorsitzende gab Bericht über die Beratungen des zu erwartenden Betriebsrätes. Der Bericht wurde von den Kollegen aufmerksam verfolgt. Es wurde der Wunsch ausgesprochen, die Sache zu beschleunigen, damit wir hier endlich einmal wieder geregelte Tarifverhältnisse haben, denn der alte Tarif mit seinen Verbesserungen und Zuschlägen ist den heutigen Verhältnissen nicht mehr entsprechend. Kollege Kraus gab noch einen kurzen Überblick des verflochtenen Jahres, in welchem nicht weniger als 5 Lohnbewegungen waren, die aber an der Verbandslosigkeit unserer Unternehmung scheiterten. Jeder ungelernete Fabrikarbeiter stellt sich höher als wir Steinmehler im Dörmann. Der Höhepunkt in der Geduld ist erreicht, bringt uns der Tarifabschluß mit Leistungszulage hier nicht den notwendigen Ausgleich, dann werden die Unternehmung im Frühjahr ihre Denkmäler voraussichtlich anderweitig in Auftrag geben müssen. Der alte Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. 2. Vorsitzender wurde Georg Antes. Als Schriftführer wurde Kollege Alois Kerschler, als Revisoren die Kollegen Joseph Ehl, Philipp Antes und Franz Seelig gewählt. Als Delegierte zum Gewerkschaftskongress wurden die Kollegen Karl Jellner, Georg Fischer und Christoph Träger bestimmt. Die Kollegen Anton Oswald und Philipp Lehnhardt wurden zur Delegationsdelegation gewählt. Steinarbeiterverbreitung und Grubenrenovierung wurden den damit bisher beauftragten Kollegen Georg Kerschler und Johann Mejer beauftragt. Ferner wurden einige örtliche Angelegenheiten besprochen, unter anderem auch die Hilfsarbeiterbewegung. Die Kollegen waren allgemein der Ansicht, wenn die Hilfsarbeiter glauben, der Steinarbeiterverband würde ihr Interesse nicht so gut vertreten, wie irgendein anderer Verband, so steht es ihnen frei, in einen andern Verband überzutreten. Mit einem Mahnwort an die Kollegen, die Versammlungen besser zu besuchen, schloß der Vorsitzende die gutverlaufene Versammlung.

Chlingsdorf. Am 18. Januar fand bei Döring unsere Generalversammlung statt. Kollege B. Harz gab den Jahresbericht; die Zahlstelle zählte im Januar 1919 16, am 1. Januar 1920 52 Mitglieder, die in 10 Betrieben beschäftigt sind. Kalkstein bearbeiten 21, alle Steinarter 17, Granit 1 Kollege, Brecher sind 5, Hilfsarbeiter 8; 4 Kollegen sind Gemeinderatsmitglieder. Lohnvereinbarungen wurden 1919 in der Zahlstelle 4 abgeschlossen. Es haben erreicht auf den Friedenslohn von 1914 die Steinmehler 300 Proz., die Brecher und Arbeiter 500 Proz. Zulage. Beitragsmarken wurden im Jahr verkauft: 1. Klasse 1640, 2. Klasse 31, 3. Klasse 119. In die Hauptkasse abgeliefert wurden 1014,21 Mark. Der Ortskasse verblieben 492,52 M. Wegen rückständiger Beiträge wurden die Kollegen R. Bauh und R. Spindler in B. e. t. a. gestrichen. Die Wahl der Funktionäre ergab: 1. Vorsitzender Paul Harz, 2. Vorsitzender Karl Kämpfe, Kassierer Fritz Gruber, Schriftführer Karl Stange, Revisoren Bernh. Kämpfe und Ost. Hallbach; Kartelldelegierte B. Harz, Ost. Wister; Berufsvertrauensleute B. Harz, Otto Seibel; Unterkassierer in Weimar Otto Seibel, in Krodla Karl Winkelmüller, in Chlingsdorf B. Kämpfe, N. Zaubitzer, S. Knobling. Als persönliche Vertretung wird gewählt dem Vorsitzenden 5 Pf., dem Kassierer 4 Pf., den Unterkassierern 2 Pf. pro Beitragsmarke; für jede Kartellkategorie den Delegierten 2 Mark. Am 7. September 1919 schloß sich die Zahlstelle der Bezirksorganisation Thüringen an, welche beabsichtigt, am 1. April einen Bezirksrat einzurufen, der am 1. Februar in Erfurt berufen wird, als Delegierte werden K. Kämpfe und Ost. Wister gewählt, als Spesen erhält jeder 25 Mark. Man das neue Jahr noch manchen härteren gewerkschaftlichen Kampf um Lohn und Anerkennung der Betriebsräte (nicht Regierungsvorlage) bringen, so sehen wir dem zurechtzufinden entgegen.

Maulbrunn. Am 18. Januar tagte unsere Generalversammlung im Gasthaus zum Kalkhof, sie war gut besucht. Vorsitzender Köfner verlas auf das vergangene Jahr. Dann wurde der verstorbenen Kollege Michael Häberle durch Erheben von den Plätzen geehrt. Kollege Hermann gab den Kassenericht vom vergangenen Jahr. Die Kasse wurde richtig gefunden und dem Kassierer Entlohnung erteilt. Kollege Köfner lehnte eine Wiederwahl ab, weil er nicht in der Zahlstelle im Betrieb mehr tätig ist. Vorsitzender wurde Eugen Schöffel, der Kassierer dann wiedergewählt, Schriftführer wurde Fritz Stöffer. Beschlossen wurde dann, daß sämtliche Kollegen ohne Ausnahme dem Verband zugeführt werden sollen, die Tarifverträge nicht mehr auf 1/2 Jahr, sondern nur auf 4 Wochen abzuschließen, ferner den 10-Pf.-Einkaufbeitrag pro Woche auf das ganze Jahr festzusetzen.

Kappelrodt. Unsere am 18. Januar im Gasthaus zum Reibst tagende Generalversammlung erfreute sich eines starken Besuches. Der Kassierer gibt die Abrechnung vom letzten Quartal bekannt. Die Kasse wurde für richtig gefunden, dem Kassierer Entlohnung erteilt. Die Neuwahl ergab mit einigen Ausnahmen die Wiederwahl sämtlicher Kollegen. Dann erstattete Kollege Fuchs Bericht über die Verhandlung zur Erhöhung der Leistungszulage. Von unserer Seite aus war die Erhöhung der Leistungszulage von 150 auf 250 Proz. gefordert. Dem willfährig haben uns die Unternehmung jege und kreiße — 20 Proz. Einmütig lehnte unsere Versammlung das Angebot ab, und Kollege Fuchs wurde beauftragt, sofort Schritte zur Erlangung einer höheren Leistungszulage zu unternehmen. Es zeigt sich nicht von viel sozialer Verständnis, wenn die Arbeitgeber in Anbetracht, daß die Lebensmittel seit letztem Jahre um über 100 Proz. teurer geworden sind, von Kleinern und Schabern auch absehen, um ein Angebot von 20 Proz. zu machen. Wenn im Guten nichts auszurichten ist, müssen wir hier eben zu andern Mitteln greifen. Unter Punkt Vertriebes wurde von einem Kollegen beantragt, auf dem Verbandstag Beteiligung des Verbandsverbandes der Steinarbeiter mit dem Bauarbeiterverband zu fordern. Nach aufmunternden Worten des neuen Vorsitzenden, auch in diesem Jahre unter seiner Leitung kräftig mitzuarbeiten am Ausbau unseres Verbandes, wurde die anregend verlaufene Versammlung geschlossen.

Wetzlar. Die Jahreshilfe hielt am Sonntag, dem 18. Januar 1920 im Weinannengarten Generalversammlung ab. Zur Tagesordnung stand: Bekanntgabe von Jahresabrechnung und Bericht, Neuwahl, Verschiedenes. Die Jahresabrechnung war von den Revisoren geprüft und für richtig befunden. Dem Jahresbericht ist zu entnehmen, daß drei Kollegen verstorben sind. Die Wahl ergab folgenden Resultat: Vorsitz: Heinrich 1. Vorsitzender, Jakob Kimmel, Kassierer, Johann Hartner, Schriftführer. Frh. Lukas und Johann Böhmel, Revisoren. Im Punkte Verschiedenes gab es eine rege Aussprache. Einer scharfen Kritik wurde der sehr schlechte Besuch der Versammlung unterzogen. Sämtliche anwesenden Kollegen waren sich darüber einig, daß bei einer derartigen Interessiertheit kein Fortschritt der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erreichen ist; den Verhandlungsbedingungen ist zu raten, sich künftig mehr an den Verhandlungen zu beteiligen und dort ihre Kräfte einzusetzen. Das Minderheitsverhältnis auf den Werksplätzen läßt sich im Besonderen, da die betreffenden Kollegen keine solche Aufklärung erhalten. In der Erwartung, daß der Besuch der nächsten Versammlung ein besserer werde, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Mellen. Am Samstag, dem 17. Januar, fand im Gasthaus Grabmeier unsere Generalversammlung statt. Ueber die Tätigkeit der Vorstandsgesellschaft erstattete der Vorsitzende Steinhilber eingehenden Bericht. Aus demselben ist zu entnehmen, daß nach der Durchführung des Lichtföhrerabkommens zwei Feuerungszulagen abgeschlossen werden konnten. Die Einführung des Werkstofftarifes brachte den Kollegen ebenfalls einen wesentlichen Erfolg, daß die Preissteigerung, sowie die Preisbeziehung der sonstigen Bedarfsartikel wurde die erregenden Lohnforderungen wieder illusorisch. Hier müsse so schnell wie möglich ein Lohnausgleich geschaffen werden. Kollege Bogemann gab den Kassenbericht: Gesamtsumme 4055.42 M., Gesamtanfrage 5567.80 M., Kassenbestand 467.62 M. Die Mitgliederbewegung hat einen erfreulichen Aufschwung genommen. Von 175 vorhandenen Steinmetzen und Hilfsarbeitern gehören 165 dem Verband an. Nachdem die Neuwahl der Vorstandsgesellschaft vollzogen, schloß mit der Aufforderung, treu wie bisher zum Verband zu stehen, der Vorsitzende die harmonisch verlaufene Versammlung.

Kallensndorf. Am 10. Januar wurde durch den Bezirksleiter, Kol. Kopp, Hef, eine Versammlung nach Arbeitslohn abgehalten. Er gab Klarheit über die gegenwärtige Betriebs- und Gewerkschaftslage. Nach längerer Beratung wurde einstimmig beschlossen, die festgesetzten Löhne für unsern Bezirk dem Herrn Staatsrat Hirschmann in Weimar zu übergeben, damit unser Bezirksrat sowie die Lohnfrage bald zum Abschluß gelangen, da es unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht möglich ist, noch mehr beschließen zu können. Von dem Schlichtungsausschuß in Weimaringen haben wir nichts zu erwarten. Im Hinblick auf die Lohnfrage entsponn sich eine längere Debatte über unsern Gauleiter der Lohn, in der zum Ausdruck kam, daß er unsere Zahlstelle steifmützig behandelt. Seit elf Monaten, solange man dort die Zahlstelle besteht, konnte er nur einmal eine Versammlung abhalten. Wir vertonen nicht die schwierige Lage des Gauleiters durch die dauernden Lohnbewegungen, aber einer jungen Zahlstelle muß sich mehr gewandt werden. Zum Schluß wurde noch beschlossen, für den Bezirk noch eine Versammlung einzuberufen, an der von jeder Zahlstelle zwei Mann teilnehmen sollen. Auch wurde über den kommenden Verbandstag gesprochen und die Wünsche der Kollegen sehr überört. Zum Schluß erwähnte der Vorsitzende zum Zusammenhalten in der Organisation wie bisher.

Koffenheim. Am Sonntag, dem 18. Januar, fand im Lokale von Siederbach eine Versammlung der hiesigen Zahlstelle statt. Es war zu beobachten, daß die Versammlung schlecht besucht war. Nach dem Bericht des Kassierers wurde ihm Entlohnung erteilt. Seit dem 1. Oktober hat die Zahlstelle 20 Pf. extra erhalten. Im Falle ein Mitglied erkrankt, wird ihm eine wöchentliche Unterstützung bei 20 Pf. Krankheitsdauer von 6 W. gewährt, und zwar ab 1. Januar 1920. Der Vorsitzende hielt einen Vortrag über die Bezirkskonferenz in Weimaringen. Zum Vorsitzenden, Kassierer und Schriftführer wurden die bisherigen einstimmig wiedergewählt und an Stelle der zwei ausgeschiedenen Revisoren wurde Stephan Becker und Peter Lung gewählt. Zum Schluß sprach der Vorsitzende über kommunale Angelegenheiten. Er sagte die schlechte Bewirtschaftung und das Verlangen der früheren Gemeindevertretung, den Unterschied kann man heute schon recht gut erkennen.

Quisburg. Am 10. Januar fand hier die Generalversammlung statt. Leider ließ der Besuch der Versammlung sehr zu wünschen übrig. Einige Kollegen scheinen es überhaupt nicht für nötig zu halten, die Versammlung zu besuchen. Etwas mehr Interesse für die Verbandsangelegenheiten würde den betreffenden Kollegen sicher nicht schaden. Kollege Girschler erstattete Bericht. Kasse und Bücher wurden von den Revisoren in Ordnung gefunden. Den Kartellbericht erstattete ebenfalls der Kollege Girschler und wies auf die Not unserer Arbeitsbrüder in Oesterreich hin. Die Versammlung beschloß, daß jeder Kollege einen freiwilligen Beitrag zahlt, der dann an das Kartell abgeführt wird. Dem Vorstand wurde für seine Tätigkeit im verflorenen Jahre der Dank der Versammlung ausgesprochen. Vorsitzender und Kassierer wurden einstimmig wiedergewählt. An Stelle des bisherigen Schriftführers wurde Kollege Lamberg gewählt. Betreffs der Feuerungszulage wurde von dem Vorsitzenden ein Schreiben verlesen, worin die Unternehmer mitteilen, daß sie uns den Verhandlungstag noch mitteilen würden. Die Kollegen Girschler, Mommsen, Lamberg und Jhe wurden in die Lohnkommission gewählt. Im Verschiedenen macht Kollege Lamberg den Vorschlag, ob es nicht zweckmäßig wäre, sich mit den einzelnen Zahlstellen des Industriegebietes in Verbindung zu setzen, um bei ihren Forderungen geschlossen dazustehen. Am 20. Januar 1920 fanden mit den Unternehmern Verhandlungen wegen einer Feuerungszulage statt. Nach eingehenden Besprechungen wollten uns die Unternehmer eine Zulage von 25 Prozent bewilligen. Kollege Girschler erklärte, daß es unmöglich wäre, mit diesem Lohn auszukommen. Nach längeren gegenseitigen Erklärungen einigten wir uns auf eine Zulage von 30 Prozent mit der Voraussetzung, falls sich die Lebensmittelpreise in den nächsten vier Wochen weiter steigern sollten, der Vertrag am 18. Februar 1920 wieder revidiert wird. Der Lohn stellt sich demnach auf 3.80 M. bzw. 4 M. pro Stunde. Während den Verhandlungen stellten die Unternehmer das Anstreben an uns, die Aufforderung wieder einzuführen. Kollege Girschler machte hier auf die großen Mängel aufmerksam, die früher unter diesem Arbeitssystem gebräuchlich waren. Auch gab er den Unternehmern das Versprechen, daß wir uns diesbezüglich mit der Zentralleitung in Verbindung setzen wollten und beantragte Zurückstellung dieser Frage bis zur nächsten Tarifverhandlung. Hierin willigten die Unternehmer ein. Die Unternehmer stellten nun die Frage, wie wir uns den Kollegen gegenüber stellen, die aus unserm Verbande ausgetreten wären. Wir erklärten ihnen, daß die betreffenden keine Ursache gehabt hätten, auszutreten. Der einzige Grund ist gewesen, daß die Lohnkommission bei den letzten Tarifverhandlungen nicht radikal genug vorgegangen sei. Die bewilligte Feuerungszulage soll nur den im Zentralverband organisierten Kollegen bezahlt werden.

Reiffenhausen. Am 25. Januar fand in Arenshausen eine gutebesuchte Mitgliederversammlung statt mit der Tagesordnung: „Unsere künftige Lohnforderung“. In Anbetracht der andauernden Teuerung aller Lebensbedürfnisse haben wir uns gezwungen, unseren Tagesverdienst einigermaßen mit den täglichen Ausgaben auszugleichen. Es wurde beschlossen, für die Steinmetzen 2.40 M., Brecher 2 M. und für die Hilfsarbeiter 1.80 M. pro Stunde zu fordern. Diese Forderung soll ab 1. März in Kraft treten. Ferner wurde beschlossen, mit dieser Lohnforderung den Bezirksvertrauensmann zu beauftragen, der diese dann den Unternehmern sofort zu stellen soll. Hoffentlich werden sich die Unternehmer nicht weigern, sondern unsere gerechten Forderungen entgegenkommen zeigen. Es wurde dann noch in der Versammlung das Verhalten des Gauleiters getadelt. Seit 1915 hat er unsere Zahlstelle noch nicht wieder besucht.

Wulsdorf. Am 3. Januar fand unsere Versammlung statt. Da der Kassierer noch nicht die auswärtigen Beiträge erhalten hatte, konnte er noch keinen Abrechnungsbericht erstatten; er wurde bis zur nächsten Versammlung zurückgeschickt. Der Vorsitzende wies auf den guten Erfolg hin, den wir bei den Verhandlungen zwecks Lohnhöhung erzielt.

Waffenhausen. Unsere Generalversammlung, die am 25. Januar im Lokal „Zur Traube“ stattfand, hatte sich eines guten Besuches zu erfreuen. Es wäre zu wünschen, daß die Kollegen auch fernerehin das Interesse an der Sache zeigen. Den Tätigkeitsbericht erstattete Vorsitzender Fernsel, den Kassenbericht Kassierer W. Glasbrenner, aus dem zu entnehmen ist, daß uns nach Ablieferung der Beiträge an die Hauptkasse und sonstiger Auslagen ein Kassenbestand von 174.88 M. bleibt. Vorsitzender Fernsel dankt dem Kassierer im Namen der Versammlung für seine gewissenhaft geleisteten Dienste und werden letzterem pro Quartal 10 M. aus der Lokalkasse als Entschädigung zugewilligt. Beim 2. Punkt „Lohnfrage“ entsponn sich eine lebhafte Debatte. Hauptächlich wurde betont, daß auch die Firmen Heugel und Gassel vertragspflichtig gebunden werden müssen, ebenso wurde das Verhalten der Firma Burers Nachfolger, das viel zu wünschen übrig läßt, kritisiert, und wurde diesbezüglich der Gauleiter in Kenntnis gesetzt. Gewählt werden durch Juro: Fr. Fernsel als 1. Vorsitzender, H. Böde als 2. Vorsitzender, als Kassierer W. Glasbrenner, als Schriftführer Joh. Scholl, als Revisor W. Kauer, G. Schwarzlopf, J. Wächter und Fr. Sorg. In die Lohnkommission Hummel und Böde bei Burers Nachfolger, Sorg und Lang bei Heugel. Allgemein wurde bedauert, daß sich der Gauleiter so selten, ja fast gar nicht sehen läßt. Im Interesse unserer jungen Zahlstelle wäre sehr zu wünschen, daß uns mehr mit Rat zur Seite gestanden würde, ältere Zahlstellen haben solches weniger nötig. Mit dem Ersuchen, daß auch fernerehin jeder seine Pflicht tue, schloß der Vorsitzende die gut verlaufene Versammlung.

Reichenbach i. Oberamt. Am Sonntag, dem 25. Januar tagte unsere Generalversammlung. Nachdem das Protokoll verlesen und genehmigt, gab der Vorsitzende den Geschäftsbericht. In längeren Ausführungen gab er einen Rückblick auf das verflorenen Jahr und betonte, daß nach der Revolution erst die wahre Organisationsarbeit eingeleitet hätte. Das abgelaufene Jahr war das arbeitsreichste seit Bestehen unserer Zahlstelle. Die Erledigung der Korrespondenz war sehr umfangreich. Ferner fanden statt: Vorstandswahlen, mit der Lohnkommission 6, Mitgliederversammlungen 18, darunter 4 mit Referenten sowie 2 außerordentliche Versammlungen betreffend Lebensmittelversorgung. Den Kassenbericht erstattete unser langjähriger Kassierer. Die Zahlstelle hat einen Kassenbestand am Schluß des Jahres 111.96 M., Mitgliederbestand 889. Die Revisoren bekundeten, daß Bücher, Belege und Kasse in bester Ordnung war. Dem Kassierer wurde der Dank für seine mühevollen Arbeit ausgesprochen, da der 1. und 2. Vorsitzende im Laufe des Jahres die Stelle eines Postlers versehen, erklärten dieselben, um bei den Kollegen kein Mißtrauen zu erwecken, eine Wiederwahl abzulehnen. Es wurden abhain die Kollegen Karl Friedrich Baum zum 1. Vorsitzenden und Adam Reif zum 2. Vorsitzenden neu- und Kassierer nebst Schriftführer wiedergewählt. Als Revisoren fungieren die Kollegen Adam Reichbaum, Heinrich Germann und Karl Oppert. Mit dem Amt als Revisor wurden die Kollegen Philipp Winger VIII, Hermann Grimm und Wilhelm Reichbaum betraut. Ueber „Lohnbewegung“ referierte der Kollege Roth. Er ging in längeren Ausführungen auf die seit November v. J. vom Zentralverband gestellten Lohnforderungen ein und beleuchtete hauptsächlich die Verschleppungstaktik der Unternehmer.

Wülferhütt. Am Sonntag, 18. Januar, hielt die hiesige Zahlstelle in der Gastwirtschaft von G. Wiegand ihre gutbesuchte monatliche Versammlung. Kollege Glopfel gab Auffklärung über den Verlauf der Konferenz in Weimaringen. Eine Verhandlung wegen Lohnforderung soll in kürzester Zeit anberaumt werden. Mit jedem Tag steigen die Preise der Lebensmittel und keineswegs werden von Seiten des Unternehmens Zugeständnisse zu den Forderungen gemacht. Deshalb reichen die Kollegen die Kündigung ein. In der heutigen Versammlung wurde nun einstimmig beschlossen, die Kündigung bis zur Verhandlung zurückzugeben. Das Unternehmen begründet damit seine Haltung, weil sie nichts übrig hätten, ja sogar die Arbeitslöhne nicht mehr bezahlen hätten können, wenn sie das alte Eisen und den Erzrott nicht verkauft hätten. Dagegen wurde von unserm Vorsitzenden festgestellt, daß vom 1. Januar bis Ende Oktober 1919 für 625 458.80 M. Material verhandelt wurde. An Arbeitslöhnen wurden in derselben Zeit 877 788.98 M. gezahlt. Näheres, was das Wert an Unkosten hatte, konnte von unserm Kollegen nicht ermittelt werden. Es wurden aber vermutlich 50 000 M. für diese Zwecke in Abrechnung gebracht. Als Ueberschuß bleibt immerhin noch ein ansehnlicher Betrag. Dann steht noch, was von den umliegenden Gemeinden direkt vom Werke abgeholt wurde. Daraus wird sich auch noch eine erhebliche Summe ergeben. Der Kassierer gab Aufklärung über Unterstützung vom Verband bei Erwerbslosigkeit. Nachdem wurde beschlossen, zwei Anträge an den Verbandstag zu stellen, und über den Verhandlungsversuch, wer ohne begründete Entschädigung eine Versammlung verläßt, erhält keine Krankenunterstützung aus der Lokalkasse. Mit der Ermahnung, die Versammlungen zu besuchen und fest zusammenzukommen, gerade in der jetzigen Zeit der Lohnbewegungen, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Offen. Unsere Generalversammlung fand am 24. Januar statt. Der Kassierer, Kollege Wolt, gab den Kassenbericht; zuerst vom letzten Quartal, dann vom ganzen Jahre. Der Stand der Kasse ist trotz mehrerer Lohnbewegungen befriedigend. Die Kasse ist gut geführt und deshalb wurde dem Kassierer gerne Entlastung erteilt. In den Vorstand wurden gewählt: 1. Vorsitzender Johann Gabn, 2. Vorsitzender Peter Fuchs, Schriftführer Josef Ott. Der Kassierer wurde wiedergewählt. Revisoren wurden die Kollegen Josef Flach und Wilhelm Jäger. Die Konjunktur ist hier in der Norm- und Stahlindustrie gut. In der Baubranche liegt fast keine Arbeit vor. Die Kollegen sind hier alle organisiert. Leider sind inzwischen auch hier vier Kollegen zur Arbeiterunion übergegangen. Wir geben uns viel Mühe, dieser wieder zu uns zu gewinnen, was uns wohl kaum gelingen wird.

Sangenstheim. Am 24. Januar fand in der Hüttgerischen Gastwirtschaft eine Mitgliederversammlung statt. Der Vorsitzende erstattete Bericht von der Verhandlung über Feuerungszulage und gab bekannt, daß eine 50prozentige Feuerungszulage durchgedrückt wurde. Bei den Verhandlungen erklärten u. a. die Unternehmer, daß die Betriebsräte in einigen Betrieben die Forderungen ziemlich ungehalten einreichen. Ferner brachten sie auch zum Ausdruck, daß sie in Zukunft nicht mehr mit den Betriebsräten verhandeln, sondern mit den Verbandsleitern. Es sollen auch durch diese die Forderungen eingereicht werden. Der Antrag in Bezug auf Kinderzulage, welcher in der Versammlung vom 17. Januar 1920 eingereicht wurde, wurde von unserm Vertreter Rauch bei dem Vorbesprechen den andern Kollegen der Lohnkommission unterbreitet. Er wurde aber abschlägig behandelt. Ferner wurde bekanntgegeben, daß die Kündigung unseres Tarifes bereits bei den Unternehmern eingelaufen ist. Um den Tarif bis zur Neuaufrichtung richtig durchzusetzen, werden im Laufe der Zeit öfters Versammlungen abgehalten. Unter „Verschiedenes“ wurde bemängelt, daß das Einberufen der Versammlungen nicht rechtzeitig erfolgt. Die Verwaltung wird in Zukunft dafür sorgen, daß diesem Mangel abgeholfen wird. Ferner forderte der Vorsitzende die Betriebsräte auf, daß wenn wieder Fragebogen hinausgegeben werden, dieselben auch gleich ausgefüllt und an die Verwaltung zurückgegeben werden, da auch von ihr raide Arbeit verlangt wird. Auch wurde das zur Verlesung gekomite Protokoll der letzten Versammlung wegen einzelner Punkte angefaßt. Das Fehlen ist durch einen Nachtrag nachgeholt worden. Ferner muß zu Punkt 1 der Tagesordnung noch bemerkt werden, daß das Verhalten der ledigen Kollegen in Bezug auf die Kinderzulage heftig kritisiert wurden.

Öbersode. Am 18. Januar 1920 fand unsere Generalversammlung im Schützenhause statt. Kollege Baber legte uns den Kassenbericht vom alten Jahre vor. Er wurde ihm Entlastung erteilt. Dann wurde die Zeitung neu gewählt. Leider war unsere Versammlung sehr schlecht besucht, von circa 100 Mitgliedern waren 18 (?) Kollegen erschienen, darunter drei weibliche. Besonders haben die Kollegen und Kolleginnen der Firma Schumacher & Co. es nicht für nötig befunden, sich zur Versammlung einzufinden. Es liegt nun jetzt an den Kollegen

und an den Führern unserer Zahlstelle, die Kollegen aufzumachen. Es genügt nicht nur, Beiträge zu zahlen, es müssen auch noch andere Pflichten übernommen werden. Besonders den Kolleginnen und Kollegen der Firma Kochendörfer legen wir ans Herz, sich mehr um unsere Interessen zu kümmern, denn dadurch können sie ihren Forderungen eher gerecht werden und die Firma gezwungen werden, sich irrtümlich an den Tarif zu halten. Es wurde einstimmig beschlossen, jeden Sonnabend abend 7 Uhr nach der Gewerkschafts-Parteiliche eine Versammlung abzuhalten.

Rundschau.

Unglaublich klingt eine Nachricht aus München: Die Stadt hat mit einer ischepholmalischen Firma einen Vertrag zur Lieferung von 150 Waggons Kleinplaster abgeschlossen; der Wagen zu 728 M. Das Plaster ist für den Ausbau der Straßenbahnlinie Neubauten—Sendling notwendig. Der „Steinbildbauer“ fragt mit Recht: „Hat denn die Stadt kein deutsches Material bekommen können?“ Wer weiß, was hier wieder für eine kostbare Erwägung maßgebend war. Bayern ist das „steinreichste“ Land in Deutschland. Die Steinbruchgebiete liegen der Stadt direkt auf der Nase. Eine nähere Aufklärung über diesen Vertrag ist dringend notwendig.

Unglücksfall in Altheim a. S. Unser langjähriges Verbandsmitglied Friedrich Schullze getret mit dem linken Bein zwischen die Räder zweier Kippwagen, wodurch ihm das Bein bis zum Oberschenkel abgequetscht wurde.

Warnungen. In der letzten Zeit tauchen Angebote auf, durch die deutsche Arbeiter zu sehr verlockend erscheinenden, in Markt genannten Lohnkäfen nach dem Auslande gesucht werden. Es werden z. B. Stellen in Japan zu einem Tagelohn von 120 M. und solche in Holland zu 160 M. täglicher Löhnung angeboten und Leichtgläubige meinen, sie könnten damit soviel laufen wie mit derselben Summe in deutschem Gelde. Sie befinden sich im Irrtum. Im Auslande wird nicht in Markt, sondern in der Währung des betreffenden Landes gezahlt. Diesen Lohn in deutsche Währung umzurechnen, führt zu irreführenden Schlüssen, weil der Lohn an Ort und Stelle bezahlt wird, und daher nicht in Markt umgetauscht werden kann. Er muß vielmehr mit den Preisen für die notwendigen Lebensbedürfnisse in dem betreffenden Lande verglichen werden. 160 M. sind bei einem Kurse von 37 1/2 M. gleich 4 Gulden, 4 Gulden, das ist in Holland ein farger Tagelohn, der besonders in den Städten zum U-erhalt einer Familie nicht ausreicht. Noch ungünstiger liegt der Fall bei dem für Japan angegebenen Beispiel. Bei einem Kurse von 30 M. gleich 1 Yen sind 120 M. gleich 4 Yen. Das Existenzminimum beträgt aber 10 Yen täglich. Darum Vorsicht! Etwasige Arbeitsverträge nach dem Auslande dürfen nur nach Wägung des betreffenden Landes abgeschlossen werden!

Gewerkschaftliches. Der Deutsche Bauarbeiterverband halte gegen den Zweigverein Bremen den Ausschluß angebracht, weil er gegen Statut und Verbandsratsbeschuß einige Mitglieder ausgeschlossen hatte. Besteres ist nun wieder rückgängig gemacht. Erfreulicherweise hat sich die Angelegenheit damit erledigt. Wir brachten in Nr. 8 unser Rundschau davon Notiz, deshalb auch die obige.

Neue Feuerungszulagen für das Baugewerbe. Nachdem am 20. Januar die Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium zu Berlin ergebnislos abgebrochen waren, haben am 13. Februar dieselt weitere Verhandlungen unter der Leitung des Herrn Dr. Hiller, Frankfurt a. M., stattgefunden. Nach mehrstündigen Verhandlungen wurde von den beiderseitigen Vertretern nachstehender Vorschlag einer engeren Kommission angenommen:

„Die Tariflöhne des Hoch- und Tiefbaugewerbes, wie sie am 10. Dezember 1919 bestanden haben, werden vom 14. Februar 1920 an durch eine Feuerungszulage von 1 M. pro Stunde erhöht.“

Für die Großstädte, die Industriegebiete Rheinlands-Westfalens, Saar, Oberstelefen und für die Bitterfelder Leuna- und Lautawerte beträgt die Feuerungszulage, die gleichfalls vom 14. Februar 1920 an zu gewähren ist, 1.25 M. pro Stunde.

Die Abgrenzung der genannten Industriegebiete hat den bei den letzten Verhandlungen über die Feuerungszulage getroffenen Feststellungen zu entsprechen. Etwasige seit dem 10. Dezember 1919 erfolgten Lohnaufbesserungen werden in die obige Feuerungszulage eingerechnet, in der auch die Brot- und Kartoffelzulage enthalten ist. Wo durch örtliche Vereinbarungen höhere Zulagen festgesetzt worden sind, bleiben sie bestehen. Für das Feuerungs- und Spornsteinengewerbe gilt die gleiche Vereinbarung wie für die Großstädte.

Die Geltungsdauer dieser Vereinbarung läuft bis zum 31. März 1920.“

Da am 1. April der Reichsarbeitsvertrag für das Baugewerbe abläuft, werden demnächst die Tarifverhandlungen wieder beginnen müssen.

Das Einzelstück in der Gemeinshaft. Das Kommunalblatt für Ehrtenbeamtet schildert die Verhältnisse in einem kleinen Städtchen: Klingenberg. Das Städtchen hat ein Lonbergwerk, das den Bürgern völlige Steuerfreiheit und eine Jahresrente gewährt. Ob das unter den heutigen schwierigen Verhältnissen noch so günstig ist, ist uns nicht bekannt. Jedenfalls werden die Einwohner auch in Zukunft besser daran sein, als die übrigen Menschen, da sie in ihrer Haupterkenntnis nicht so sehr vom Kapitalismus abhängen. Ihr alles ist das Lohnwert, und das ist städtisch. Der Klingenberg hat das Recht, als Bergmann in dem Bergwerk zu arbeiten. Die Stadt zahlt schon vor dem Kriege gute Löhne. Von dem Ueberschuß des Wertes wird die Einkommensteuer der Bürger bezahlt. Und warum das alles? Weil das gutgehende Werk städtisch ist. Wäre es ein kapitalistisches Unternehmen, so wären die Bürger Antheile des Kapitals, und der Wohlstand wäre bei wenigen und nicht bei allen. Wenn es sich hier natürlich nur um ein kleines Beispiel handelt, so zeigt es uns immerhin deutlich, wie sich die Gemeinshaftswirtschaft von der kapitalistischen Wirtschaft unterscheiden wird.

Freie Lohn dem Lächlichen! Wenn irgend jemand, dann hat der Proletarier an der praktischen Durchführung dieses Losungswortes ein Interesse. Die Statistik zeigt uns, daß der Besuch der höheren Schulen abhängt von dem Beruf und dem Einkommen der Eltern, daß unter 100 Schülern der oberen Klassen der höheren Schulen etwa 1 Kind von Arbeitern ist. Wieviel geistige Bereicherung da elendiglich zugrunde. Die Einheitsfamilie soll frei machen. Und sie darf in keinem Abhängigkeitsverhältnis zu der sozialen Lage stehen, denn es steht unfeigbar fest, daß dieser Schulbesuch mit den sozialen Verhältnissen parallel geht.

Der Lohn und seine Kaufkraft. Alle Theorie ist gut, wenn nicht das Leben selbst die Richtigkeit der Theorie beweist. Wie oft ist es früher schon gesagt worden, daß der Minimumlohn gar nichts, der Reallohn alles sei. Das ist besser sei, ein kleineres Einkommen mit größerer Kaufkraft zu haben, als ein großes Einkommen mit geringerer Kaufkraft. Jetzt geben die wirtschaftlichen Zustände den eindringlichsten Aufschauungsunterricht für die Richtigkeit dieser Auffassung. Man kann ohne zu übertreiben, sagen, daß Einkommenserhöhungen noch nicht recht in Wirksamkeit getreten sind, und schon sind sie von Preis-erhöhungen aufgehoben. Man hilft sich, indem man neue Leistungsleistungen stellt, sie werden ganz oder zum Teil gegeben und — sie sind schon wieder durch die verteuerte Lebenshaltung aufgehoben. Die Ursachen zu dieser Erscheinung sollen hier nicht besprochen werden, aber jeder Lohn- und Gehaltsempfänger hat die Pflicht, mit seiner Arbeit daran zu arbeiten, die Kaufkraft seines Einkommens zu stärken. Jedes mögliche Mittel, sei es in keiner Wirkung auch bescheiden, muß in Anwendung kommen, das volkswirtschaftliche Verhältnis zwischen Reallohn und Reallohn, wie es jetzt besteht, zugunsten des Reallohns zu bessern. Wenn die großen Mittel nicht oder noch nicht in Anwendung kommen können, unteren Zahlungsmitteln erhöhte Kaufkraft zu geben, so ist die Anwendung der nächstbesten kleinen Mittel zum gleichen Zweck um so mehr geboten.

Die Schwäche unserer Zahlungsmittel ist sicher zum Teil auf veraltete Kraft infolge fehlerhafter Organisation in Wirtschaftsdingen zurückzuführen. Also organisieren wir doch dieses Wirtschaftswesen, vermeiden wir die allzu lieb gewordenen Fehler, und wir haben damit wenigstens ein Stück Kaufkraft geteilt. Warum wollen wir

Die Kraftverwendung der unorganisierten Arbeiterklasse...
 Die Kraftverwendung der unorganisierten Arbeiterklasse...
 Die Kraftverwendung der unorganisierten Arbeiterklasse...

Der vierte Teil des deutschen Volkes...
 Der vierte Teil des deutschen Volkes...
 Der vierte Teil des deutschen Volkes...

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Die Reichsstelle für Schubversorgung...
 Die Reichsstelle für Schubversorgung...
 Die Reichsstelle für Schubversorgung...

Quittung

Vom 26. Januar bis 21. Februar sind bei der Kassenkasse folgende Gelder eingegangen:
 Nürnberg 10.—, Leipzig 300.—, Bismarckstr. 200.—, Weidenberg 36.—, Krippbauern 20.—, Elmenz 13.70, Traunheim 12.—, Charlottenburg 4.40, Aichersleben 2.40, Hossensbürg 9.80, Berlin 2.60, Brudmühl 150.12, Langelsheim 25.—, Liegnitz 776.68, Mühlheim 67.—, Nienstädt 723.97, Hammelsbach 700.—, Solmsberg 600.—, Wallbrunn 182.08, Sindenfeld 443.93, Lengfurt 54.96, Köfingberg 401.80, Rannow 521.24, Eiterhagen 423.84, Demitz 3032.79, Wulfstahl 586.75, Berlin 35.—, Eberhardtsreuth 8.50, Schnaitzbain 5.—, Aalen 5.—, Amberg 10.—, Gopferwerda 4.50, Elbernhau 8.—, Dabitzsch 6.—, Halle 6.—, Merseburg 18.—, Oelbernhau 3.—, Gomburg 4.20, Neuseheim 970.45, Offen 230.56, Drohgnitz 123.—, Hallitzsch 234.14, Leinath 556.95, Wolmsdorf 633.—, Dresden 3.—, Nürnberg 2.40, Weidenberg 7.—, Gabeln 21.—, Kaiserlautern 14.52, Pilschgrün 66.31, Ebershausen 625.78, Sandfuhl 5.50, Mühlentadt 15.—, Nieder-Raraberg 25.—, Senftenberg 15.—, Harburg 5.—, Ellenroth 50.25, Durrandorf 307.76, Hoffeld 254.15, Riedelbach 250.—, Nürnberg 20.—, Striegau 11189.31, Joritz 12.20, Baumhof 22.—, Götzenrucht 23.40, Rosheim 349.36, Wittenberg 1245.42, Hammelsbach 343.29, Roßbach 8.—, Walbenburg 20.—, Weizen 20.—, Lugwitz 5.—, Nieder-Raraberg 17.—, Gemmlitz 5.—, Helsen 9.40, Kupferberg 7.50, Seppenheim 400.—, Berlin 243.45, Charlottenburg 1.—, Senzsch 13.—, Senzsch 20.—, Jüda 23.50, Langenmünde 8.—, Friesen 3.80, Ziegenau 18.—, Harburg 4.—, Gommern 26.—, Köhren 26.—, Zuntzichen 858.—, Gindeb 277.32, Landsberg 0.25, Landsberg 25.50, Joritz 1.50, Reimbach 13.—, Stöbe 15.—, Stadtilm 5.—, Joritz 0.50, Müders 2.—, Graien-Linden 5.—, Langenlitzheim 801.80, Gleichamberg 100.—, Groppenburg 7.—, Ketten 380.—, Frier 377.91, Ebersdorf 32.64, Mühlberg 37.—, Gomburg 16.—, Gießen 10.—, Reudersburg 9.—, Jut 10.—, Grünberg 110.35, Zöbau 1485.42, Landed 172.08, Witten 67.76, Oberriedenberg 100.—, Dübelsheim 200.—, Pilschgrün 11.65, Ansbach 337.52, Grudorf 3.—, Passau 7.45, Reuhaus a. D. 8.50, Dresden 7.—, Kiel 3.70, Königsmühle 249.88, Regensburg 126.02, Schmalkalden 117.76, Witten 196.—, Frankfurt a. M. 120.55, Bamberg 330.69, Reichenbach i. V. 24.—, Schreiberhau 16.20, Wittstodt 10.50, Cäsanbrud 8.—, Geln 16.80, Helsen 6.—, Witten 13.—, Gomburg 20.—, Breitenborn 500.—, Burgundshaus 125.30, Carlshausen 125.20, Gomburg 400.—, Hohenburg 1000.—, Wittenberg 40.17, Niederlitzsch 440.—, Rosdorf 414.53, Weklar 285.68, Joritz 1.—, Joritz 5.—, Gommern 13.—, Rudolfsdorf 4.50, Raraberg 20.—, Ziegenau 10.—, Gradenfrei 12.50, Röhitz 2.50, Greifswald 357.—, Verburg 500.—, Zuntzichel 6.—, Baden-Zoben 3.50, Weihen 5.—, Joritz 6.—, Gomburg 1760.—, Zuntzichel 250.—, Weidenburg 850.—, Waldheim 15.—, Mühlberg 12.50, Aue 3.—, Girsberg 15.—, Milow 18.—, Steinbach 20.—, Hlensburg 5.—, Alvensleben 12.75, Merseburg 10.—, Rudolfsdorf 16.—, Falkenberg 10.—, Oetting 400.—, Gommern 900.—, Dautmann 250.—, Buchum 68.—, Adelsleben 1470.—, Halberstadt 16.—, Darmstadt 5.70, Königsmühl 3.50, Oberdörfchen 7.—, Weritz 13.—, Senzsch 12.—, Zöbau 15.30, Friedberg 10.50, Erzdorf 7.—, Witten 13.—, Breiten 7.—, Landsberg 19.—, Eberbach 535.50, Ramenz 1400.—, Bismarckstr. 500.—, Schwarzenbach 110.—, Siegelanger 1400.—

Adressenänderungen.

(Bei Adressenänderung Namen deutlich schreiben, Straßenangabe nicht vergessen. Bei Orten ohne eigene Postanstalt letztere vermerken.)
 I. Gen.
 Guben. Berl.: Hans Lohy, Frickestraße 1; Kohl.: Alfred Romack, Seidenwasser Straße 69.
 II. Gen.
 St.-Katharinen. Kohl.: Paul Scheithener.
 III. Gen.
 Jena. Berl.: Wally Altkämmerer, Al. Brüdnerstr. 3.
 V. Gen.
 Döbeln. Berl.: Jof. Koch, Kompraditz 35.
 Giebich (Kreis Biederitz) Berl. und Kohl.: Hermann Th. Giebich.
 Giebich. Berl.: Karl Zilinski, Königsstr. 38a.
 Köhl. Berl.: Richard Kühn, Griebenermarkt 6.
 VI. Gen.
 Jena. Berl.: Jof. Reuter.
 VII. Gen.
 Jena. Berl.: Jof. Bierl, Holzsch. Post Weitzing.
 Jena. Berl.: Johann Ströbinger, Senzingerberg Post Weitzing.

Neue Bücher, Zeitschriften usw.

Reizendes Lektüre-Büchlein in Leipzig mit seinen herrlichen Ausstattungen...
 Reizendes Lektüre-Büchlein in Leipzig mit seinen herrlichen Ausstattungen...
 Reizendes Lektüre-Büchlein in Leipzig mit seinen herrlichen Ausstattungen...

Beilage für die Gründung der Sozialistischen...
 Beilage für die Gründung der Sozialistischen...
 Beilage für die Gründung der Sozialistischen...

Allgemeine Geschichte des Sozialismus...
 Allgemeine Geschichte des Sozialismus...
 Allgemeine Geschichte des Sozialismus...

Briefkasten.

Es die Steinmetzvereine...
 Es die Steinmetzvereine...
 Es die Steinmetzvereine...

Berufungs-Anzeige.

Rein Mitglied soll fehlen.
 Rein Mitglied soll fehlen.
 Rein Mitglied soll fehlen...

Anzeigen

Mod. Grabmalsteine u. Verzierungen...
 Mod. Grabmalsteine u. Verzierungen...
 Mod. Grabmalsteine u. Verzierungen...

Lebensstellung

findet ein in allen Gesteinsarten bewandertes
 Schriftthauer bei sofortigem Eintritt + Schriftzeichnen ist Bedingung + Hoher Lohn zugesichert.
 Heilmann & Brassard, Osnabrück

Mehrere ledige Steinmetzen

für Granit und Marmor, Werkzeugschärfer bevorzugt, jedoch nicht Bedingung, bei gutem Lohn per sofort gesucht.
 Steinindustrie Hemigkofen-Nonnenbach am Bodensee

Tüchtige Steinmetzen

sowie Steinspalter für Granitwerksteine für dauernd gesucht
 A. Weyler, Hirschberg (Schl.)

Steinmetzen

auf Granit, Sandstein und Kunststeinarbeiten werden sofort eingestellt. Bezahlung nach Breslauer Tarif.
 Janke, Neumarkt, Bez. Breslau.

Mehrere Steinhauer

für Groß- und Kleinpflaster finden dauernde Arbeit.
 Granitwerk R. Güntzel, Wurzbach (Reuß).

Steinmetz

auf Grabsteine, unverheiratet, stellt sofort bei gutem Lohn ein
 Wagner, Steinmetzmeister, Lugwitz O.-L.

Tüchtige Steinmetzen

für die Bearbeitung von Kunststein gesucht. Stundenl. 4.50 M.
 M. Mühlbrodt, Imkendorf, Hamburg. Imkendorf, 3

Tüchtig. Muschelkalkarbeiter

findet sofort Dauerstellung bei
 Ernst Friesinger, Oberreitman b. Lindau i. B.

einen tüchtigen Steinmetz

als Schriftthauer und Verzierungsarbeiter.
 Emil Wolff, Werkstätten für Friedhofskunst, Treptow a. Rega.

Fünf Steinmetzen

für dauernde Beschäftigung sofort gesucht.
 C. Lehmann, Inh. Wilh. Meurer, Sangerhausen.

Hallo! Kollege Hermann Walter
 wo steckst Du? Du suchst dich
 Josef Dupalk, Görlitz, Zauerrikerstraße 7.

Tüchtige Steinmetzen

stellt sofort ein, Stundelohn 3.— M. bis 3.50 M.
 Hans Lauer, Oerlinghausen (Lippe).

Zwei Granitschleifer

für Maschine und Hand gesucht.
 Schwarzwälder Granitwerke Kiederle, Bahl L. Baden.

Tüchtiger Steinmetz

der auch Granitschrift haut, bei gutem Lohn und guter Kost gesucht.
 Bruno Borg, Milow a. S.

Tüchtige Steinmetzen, Schriftthauer

stellt gegen hohen Lohn auf dauernde Arbeit ein.
 Herm. Jagdmann, Stargard u. Pyritz i. P.

6-8 tüchtige Steinmetzen

auf Grabsteinarbeit zum sofortigen Eintritt für dauernde Beschäftigung gesucht.
 Lohn pro Stunde 3.20 M., ab 1. März 2.30 M.
 Heilmann & Brassard, Osnabrück

Suche sofort:

1. tüchtige Steinmetzen,
 2. gelernte Stoßer,
 3. kräftige Hilfsarbeiter
 Stundenlohn zu 1. und 2. 3.50 M., vom 1. 4. 3.75 M., vom 1. 5. 4.00 M., Stundenlohn zu 3. 3.00 M., vom 1. 4. 3.25 M., vom 1. 5. 3.50 M.
 Fr. Braunschweig, Steinbruchbes., Ibbenbüren i. Westf.

Tüchtigen Steinmetz

mit allen Grabsteinarbeiten vertraut, stellt dauernd ein
 Otto Borsdorf, Tempzin (Uckermark).

Tüchtigen Grabsteinmetz

ohne Schriftthauer, hohen Lohn sucht
 Bildhauerei Sturm, Calau (Niederlausitz).

Zu sofort gesucht: 1 Schriftthauer

1 Steinmetz für Sandstein
 Stellung dauernd bei gutem Lohn.
 C. Scheinflug, Steinmetzmeister, Waren (Mecklbg.)

Tüchtiger Granitschriftthauer und Vorzeichner

sowie 2 Grabstein-Steinmetzen für sofort gesucht.
 Otto Grunick, Merseburg a. S.

Tüchtige Steinmetzen und Schleifer

für Toilettenarbeiten gegen hohen Lohn sofort gesucht.
 Hugo Wiesengrund, Marmorwerke, Steinerne Renne bei Wernigerode a. Harz.

3 Steinbildhauer — 20 Marmorsteinmetzen, 30 Marmorschleifer für kunstgewerbl. Arb., 10 Maschinenschleifer — 3 Fräser, 2 Marmordreher

für mein Werk in Dotzheim gesucht bei dauernder Beschäftigung. Wohnung wird bei vorheriger Anmeldung besorgt.
 Philipp J. Lukas, Marmorwerk Wiesbaden-Dotzheim, Hauptbureau: Mainz-Kastel.

Tüchtige Steinmetzen

für Grabsteinarbeiten in Sandstein gegen guten Lohn sofort gesucht.
 M. v. Wittich, Osnabrück.

Suche auf sofort für dauernd 2 tüchtige Marmorschleifer,

welche in Bearbeitung bunt. Marmorarten perfekt sind
 Braunschweiger Granit- und Marmor-Industrie
 Carl Jaeger, Braunschweig.

Steinmetz

für Grabsteinarbeiten sofort gesucht von
 G. Gärtig, Bildhauerei, Teuchern (Thür.)

Granit-Steinmetzen

bei dauernder Beschäftigung sofort gesucht.
 Granitwerk Hermann Röhl & Co., Wolgast i. Pomm.

Gestorben.

(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingeleitet werden.)
 In Dornau am 10. Februar der Hilfsarbeiter Fritz Böber, 52 Jahre alt, an der Grippe.
 In Bismarck am 10. Februar der Sandsteinmetz Ignaz Kolar, 47 Jahre alt, an Lungenkatarrh.
 In Ramenz am 14. Februar der Brecher Adolf Techrütz, 65 Jahre alt, infolge Betriebsunfalls.
 In Dörfchen am 14. Februar der Brecher Georg Herbig, 39 Jahre alt, infolge Absturzes vom Felsen.
 In Häslich am 18. Februar der Hilfsarbeiter Alwin Pflücke, 23 Jahre alt, infolge Unfalls.
 In Blasberg am 20. Februar der Granitsteinmetz Peter Schilling, 62 Jahre alt, an der Grippe.
 In Hirschen am 23. Februar der Granitsteinmetz Ignaz Plett, an Malaria.
 In Berlin am 24. Februar der Sandsteinmetz Otto Hempel, 50 Jahre alt, an Lungenbluten.
 In Demitz-Thurnitz am 26. Februar der Hilfsarbeiter Bernhard Heide, 52 Jahre alt, an Lungenentzündung.
 Ehre ihrem Andenken!

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Verlag von Alois Staudinger, beide in Leipzig. Gedruckt in der „Freien Presse“ Leipzig.